

Pressemitteilung

München, den 14. November 2022

Pannermayr: „Rahmenbedingungen für den Klimaschutz müssen passen“

- *Städte und Gemeinden brauchen einen soliden und dauerhaften Finanzrahmen.*
- *Klimaschutz und Klimaanpassung benötigen überörtliche Steuerung und klare Ziele.*

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, den wir trotz der vielen aktuellen Krisen weiter fest im Blick halten müssen. Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Regensburg hat im Juli 2022 Leitplanken für die Kommunen erarbeitet und Forderungen an den Freistaat formuliert. Städte und Gemeinden nehmen Klimaschutz ernst, unterstreicht der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: **„Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die vom Bund und vom Freistaat gesetzten Rahmenbedingungen müssen passen, damit Kommunen wirkungsvoll aktiv werden können.“**

Die Bayerische Staatsregierung muss die Bewältigung des Klimawandels als kommunale Pflichtaufgabe begreifen und mit staatlichen Mitteln ausstatten. Pannermayr: **„Diese Forderung bleibt für die Kommunen zentral. Die Staatsregierung ist zwar im Herbst mit den kommunalen Spitzenverbänden in einen Dialog getreten. Das hat uns aber bislang noch nicht weit gebracht.“** Neue Dialogreihen und Gesprächsformate sind gut gemeint, um etwa Vollzugserleichterungen und Vereinfachungen in der Förderlandschaft zu erreichen. Die in den Dialogen mit dem Umweltministerium bislang diskutierten Fördervolumina des Programms „Klimaschutz in Kommunen“ bewegen sich allerdings in Bereichen von jährlich 3,9 Millionen Euro im Jahr 2022 und geplanten 8,9 Millionen Euro im Jahr 2023. Eine solche Summe genügt nicht einmal im Ansatz, um bei über 2000 Städten und Gemeinden in Bayern etwas Wesentliches für den Klimaschutz bewegen zu können, meint Pannermayr: **„Wir dürfen uns mit Klimaschutz nicht nur thematisch in Teilaspekten, Pilotprojekten und Teilprogrammen an der Oberfläche beschäftigen, es muss an den Kern von dauerhaften Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung gehen.“**

Es genügt nicht, wenn der Freistaat immer neue spezialisierte Förderprogramme auflegt, berichtet Pannermayr aus der Praxis: **„Das ist in Teilbereichen für Einzelprojekte hilf-**

reich, aber letztlich wegen der kleinteiligen Förderstruktur nur jeweils ein Tropfen auf den heißen Stein. Da Richtlinien von Sonderförderprogrammen komplex sind, führt dies zu umfangreichen und langwierigen Antragsverfahren. Notwendig ist ein dauerhafter verlässlicher Finanzrahmen über feste überjährige Budgets, damit Kommunen für Klimaschutz und Klimaanpassung konsequent handeln können.“

Die Vielseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises macht Städte und Gemeinden zu wichtigen Akteuren des Klimawandels und führt zur Verantwortung, diese Möglichkeiten mit Leben zu füllen. Dazu ist es erforderlich, den Kommunen die notwendigen Kompetenzen und Mittel zu verschaffen, etwa mit der Stärkung kommunaler Unternehmen der Daseinsvorsorge für Energieversorgung, öffentlichen Nahverkehr, Wasser und Abwasser. **„Der Klimawandel orientiert sich nicht an Gemeindegrenzen und Zuständigkeiten“**, erläutert Pannermayr: **„Eine ganzheitliche Verantwortung können die Städte und Gemeinden aber nicht übernehmen, denn diese Aufgabe mit Vernetzung und Koordination, überörtlichen, überfachlichen und sektorenübergreifenden Zielvorgaben liegt auf staatlicher Ebene“**.

Der Rahmen muss fest gefügt sein, sagt Pannermayr: **„Klimaschutz und Klimaanpassung brauchen überörtliche Steuerung und klare Zielvorgaben. Notwendig ist ein konsistentes Konzept auf Landesebene zur Erreichung der Klimaziele, aus dem die Rahmenbedingungen für die Kommunen deutlich werden.“**